

Preis der Anzeigen:
Kolonnezeile 60 d. Abendbl. 75.
Reklamen 42. - Abendbl. 42.50
Familienanzeigen 41. Platz in
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-
str. 16/18. Dresden-A: Waisen-
hausstr. 25. München: Perasastr. 5
Offenbach: Biebererstr. 34. Stom-
gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrige Agentur
u. d. Annonc.-Expedit. Ferner in
New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter
Sozialis.-Druckerei
Gesellschaft m. beschr. Haftung



er Zeitung.)

ummer 40, 41, 42, 43.

Frankfurter Zeitung

25.1.

Kriegssteuern.

Mit einer Entschiedenheit, die über den festen Willen der Regierung keinen Zweifel läßt, hat das Organ der Reichsregierung in dem gestern wiedergegebenen wichtigen Artikel die Frage, ob jetzt die Erschließung neuer Reichseinnahmen nötig sei, erörtert und — bejaht. Der Reichsetat für 1914/15 habe einen Ueberschuß ergeben und derjenige für 1915/16 sich im Gleichgewicht halten lassen; beides war allerdings nur dadurch möglich, daß alle Ausgaben für Heer und Flotte von Beginn des Krieges ab als Kriegsausgaben angesehen und deshalb die sonst dafür angelegten Summen im ordentlichen Etat zum Ausgleich der Mindererträge bei den Reichseinnahmen frei wurden; immerhin ließ sich auf diese Weise rechtfertigen, daß man zunächst auf neue Reichseinnahmen verzichtete. Der neue Etat bietet diese Möglichkeit nicht mehr. Denn, wie der Reichschatzsekretär in der Dezemberberatung des Reichstages mitteilte, kann der Reichshaushalt für 1916/17 ohne neue Einnahmen nicht ins Gleichgewicht gebracht werden. Hier liegt eine zwingende Notwendigkeit vor. Angesichts des mit aller Sicherheit vorauszu sehenden Fehlbetrages des ordentlichen Etats für das kommende Rechnungsjahr wäre ein Verzicht auf Kriegssteuern nicht länger vertretbar. Jeder andere Weg, sei es eine Defizitanleihe, sei es die Deckung der Zinsen der Kriegsschuld aus neu aufzunehmenden Anleihen, wäre eine unverantwortliche Finanzgebarung, die überdies von unseren Feinden als ein Zeichen finanzieller Unzulänglichkeit zur weiteren Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft mißbraucht werden würde. Wir müssen auch im Kriege die Ordnung in unserem laufenden Reichshaushalt aufrecht erhalten.“ So steht es in der „Norddeutschen“. Und das ist gut.

Es ist noch gar nicht lange her, daß wenigstens in der Theorie die englische Lehre allgemeine Billigung fand: die Kosten eines Krieges müßten von vornherein zu einem sehr erheblichen Teile durch Steuererhöhungen und nur mit einem Restbetrage durch Anleihen aufgebracht werden, alles andere sei „unverantwortliche Finanzgebarung“. Die Engländer hatten diese Lehre aus trüben Erfahrungen gewonnen. Denn die englische Staatsschuld, die vor dem Kriege (1913) 716.3 Millionen Pfund Sterling, also reichlich 14 Milliarden Mark betrug, stammt fast ausschließlich aus den Kriegen, die England geführt hat, insbesondere aus den Kriegen gegen Frankreich von 1793 bis 1815, ganz im Gegensatz zu den Staatsschulden des Deutschen Reiches und seiner Gliedstaaten, die zum größten Teil für verbende Zwecke (für die Verstaatlichung der Eisenbahnen, für den Erwerb von Bergwerken, von Domänen, für die Post usw.) aufgenommen waren; während Deutschland (Reich und Bundesstaaten zusammen) also vor dem Kriege trotz allen Anleihe-Umlaufs und trotz mancher nicht leicht zu rechtfertigenden Reichsanleihe-Methoden nahezu schuldenlos war, weil es für die aufgenommenen Schulden verbende Anlagen in mindestens dem gleichen Werte befaß, trug England aus seinen Kriegen nun schon ein Jahrhundert lang die Last toter, durch Steuer zu verzinsender Milliardenschulden. Kein Wunder, daß man daraus die Lehre gezogen hatte, die Kosten von Kriegen müßten wenigstens zu einem erheblichen Teile schon während des Krieges durch erhöhte Steuern aufgebracht werden. Inbesseren waren auch schon sehr kritische Stimmen gegen diese Lehre laut geworden, die entschieden betonten, daß solche Summen, wie sie ein moderner Krieg erfordert, unmöglich auch nur zu einem Bruchteil während des Krieges aus Steuern gedeckt werden könnten, man müsse während des Krieges die Hand von der Steuer-schraube lassen. Der tatsächliche Verlauf des Krieges hat die Voraussetzung dieser Kritiker über alles für möglich Gehaltene hinaus bestätigt: wenn jetzt die täglichen Kriegskosten (und zwar nur die direkten Kriegskosten) in Deutschland zwischen 70 und 80 Millionen Mark und in England wohl zwischen 90 und 100 Millionen Mark betragen, so ergibt sich die Aussichtslosigkeit jedes Versuches, den Krieg mit Steuern führen zu wollen. Wohl kann man daran denken, unmittelbar nach Friedensschluß einen erheblichen Teil der aufgelaufenen Milliardenlasten vom Staate auf seine einzelnen Bürger nach Maßgabe ihres Vermögens abzubürden und so eine große Seisachtheia, eine Lastenabschüttelung des Staates auf Kosten seiner Glieder, vorzunehmen, weil ein solches Verfahren, dessen Handhabung freilich nicht leicht wäre, sehr gewichtige Vorzüge gegenüber dauernden, riesigen

Steuern böte. Aber im Kriege muß man den Krieg mit Anleihen führen. Und so hat man es auch tatsächlich überall gemacht. Nur hat sich noch ein zweites Neues herausgestellt, was auch jene Kritiker der Theorie gewiß nicht für möglich gehalten hatten: dies nämlich, daß ein moderner Weltkrieg nicht, wie man vorher als selbstverständlich angenommen hatte, höchstens einige Monate dauern könnte, sondern daß die Tragfähigkeit und die zerstörbaren Werte Europas tatsächlich groß genug sind, um den Krieg nun schon durch anderthalb Jahre durchzuführen und auch jetzt, nach bald neunzehn Monaten, ein Ende des Krieges noch nicht absehen zu lassen. Und aus dieser Tatsache folgt nun ein weiteres: daß die Verzinsung der Kriegsanleihen schon während der Kriegszeit akut wird und daß sich damit die Schaffung neuer Staatseinnahmen während des Krieges zwar nicht zur Deckung der Kriegskosten, wohl aber zur Verzinsung dieser Kriegskosten und zur Ausgleichung des durch den Krieg gestörten Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Staatshaushalt als notwendig erweist.

Als notwendig. So hat man es in England erlirmt, wo man — nicht für die finanzielle Führung des Krieges, sondern auch nur für die Verzinsung der Kriegsschuld und für den Ersatz zurückgegangener Einnahmen — bereits sehr kräftige Steuererhöhungen vorgenommen hat. So hat man es in Preußen und einzelnen anderen Bundesstaaten erlirmt, wo man, ebenso wie in zahlreichen Gemeinden, die Steuern um einstweilen noch verhältnismäßig bescheidene Summen heraufsetzte. Und so erkennt man es, wie der Artikel der „Norddeutschen“ zeigt, nun auch im Reiche. Und wir wiederholen: es ist gut, daß man es erkennt. Es ist gut aus dem finanzpolitischen Grunde: daß in dieser ungeheuren Wertzerstörung, die die Finanzen aller Kriegführenden in einem Maße revolutioniert, von dem sich anscheinend die Völker allenthalben erst sehr unvollständige Vorstellungen machen, doch irgendetwas und irgendwann auch der Grundsatz der finanziellen Solidität zu seinem Recht kommen muß. Die Ziffern, mit denen der Krieg uns zu rechnen ge-wöhnt hat, sind so phantastisch, daß die Gefahr sehr nahe liegt, man könnte allmählich jedes Augenmaß und jeden Maßstab der Beurteilung, wo das Zulässige aufhört und die Unordnung anfängt, überhaupt verlieren. Hier richtet jetzt die Regierung die Schranke auf: der laufende Reichshaushalt muß auch im Kriege in Ordnung bleiben, wir müssen auch während des Krieges die Reichsfinanzen vor dem Verfall bewahren. Das ist eine gute, es ist die einzig gesunde Finanzpolitik. Und das ist gut auch wegen der Wirkung auf das Ausland. Der Gedanke, uns durch Erschöpfung zu besiegen, ist offenbar noch immer die letzte, verzweifelte Hoffnung unserer Gegner, die um so leidenschaftlicher gepredigt wird, je offensichtlicher die militärischen Mißerfolge geworden sind. Sie haben vor dem Kriege unserer Finanzkraft niemals richtig erkennen wollen, sie sind auch jetzt durch die glänzenden Erfolge unserer Kriegsanleihen nicht belehrt: das wird ihr Schade sein. Wir aber dürfen ihren Verteilnerungen keinen Grund, ihren Hoffnungen keine Nahrung geben, indem wir etwas tatsächlich Notwendiges für unsere finanzielle Küftung unterließen; schließlich werden sie unsere Kraft ja doch einmal begreifen. Und endlich: die Schaffung neuer Reichssteuern ist nützlich auch als Erziehungsmittel für unser Volk. Denn sie werden mit dazu beitragen, daß das, was ist und was sein soll, wirklich mit dem Ernste durchgedacht wird, der allein der Sache und unserer selbst würdig ist, sicher mit Stolz und mit Opferwillen wie bisher, aber ohne den phrasenhaften Uebermut mancher Heimkrieger, der wirklich nicht schön ist. Sie werden endlich auch eine Mahnung zur Kriegsparsamkeit für die vielen sein, die sich schon lange wieder „an den Krieg gewöhnt“ haben und die allen Mahnungen zum Trotz nun dank guter Geschäftseinnahmen darauf loskonsumieren, ohne daran zu denken, daß wir mit Lebensmitteln und mit Rohstoffen ernsthaft haushalten müssen, um zu reichen, und daß wir für Luxusimporte aus dem Ausland jetzt nichts übrig haben, weil der weitaus größte Teil unserer Ausfuhr abgeschnitten ist, mit der wir sie sonst bezahlten. Diese Mahnung zur Kriegsparsamkeit, die mit neuen Steuern viel besser als mit Worten gepredigt wird, wird insbesondere heilsam sein.

bleibt lediglich die Frage, welche neue Steuern das Reich schaffen soll. Daß die notwendigen Summen aufge-